

# BAU-HOLZ

Das Informationsmagazin der Gewerkschaft Bau-Holz

## Neujahrstreffen 2017 „... hat Sozialpartnerschaft Zukunft?“

Seiten 2 und 24-25

KMU Forschung Austria-Studie belegt:

# Entsendete Arbeitskräfte ruinieren Wettbewerb

Seiten 10-11

Bundesregierung

### **Weiterarbeiten statt Neuwahlen**

Die Bundesregierung legt adaptiertes Arbeitsprogramm 2017 bis 2018 vor. Die Auswirkungen aus Sicht der GBH.

Seiten 4-5

Bestbieterprinzip für Gemeinden

### **Gemeinden sind größter öffentlicher Auftraggeber**

Gemeindebund legt mit der Sozialpartner-Initiative „Faire Vergaben!“ einen eigenen Bestbieterleitfaden für Gemeinden auf.

Seiten 6-7

EU-Dienstleistungskarte

### **Legaler Freibrief für Dumpingfirmen**

GBH warnt! Geplante EU-Maßnahme „Dienstleistungskarte“ macht Lohn- und Sozialdumpinggesetz zahnlos.

Seiten 18-19

# Hat Sozialpartnerschaft Zukunft?



**Steiermark.** „Die Errungenschaften der österreichischen Sozialpartner sind im internationalen Vergleich einzigartig. Das Thema hat gerade in den letzten Monaten sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik an Interesse gewonnen und eine hitzige Diskussion über den Sinn der Sozialpartnerschaft ausgelöst. Wir haben mit jenen diskutiert, die tagtäglich die Sozialpartnerschaft leben“, erklärt GBH-Landesgeschäftsführer Andreas Linke.

Die GBH lud im Rahmen ihres schon traditionellen Neujahrsempfangs Partner, Institutionen und FunktionärInnen zur Podiumsdiskussion unter dem Motto „... hat Sozialpartnerschaft Zukunft?“.

Es diskutierten Landesrat Dr. Christian Buchmann, BIM Bau KR Ing. Hans-Werner Frömmel, AK-Präsident Josef Pessler und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz Abg. z. NR Josef Muchitsch. Diskussionsleiter war ORF-Chefredakteur Gerhard Koch.

Einig war man sich darin, dass die Sozialpartnerschaft in Österreich sehr gut funktioniert – sowohl auf Betriebs- als auch auf Branchenebene – wie die Vielzahl an Beispielen zeige. Das Erfolgsmodell basiert auf einer offenen und ehrlichen Kommunikation.



„Gegenseitiges Verständnis“ prägt die Bausozialpartnerschaft in Österreich. Deshalb gab es ein klares JA von den beiden Bundesspitzen der Bausozialpartnerschaft Josef Muchitsch und Hans-Werner Frömmel. Das gemeinsam Erreichte 2016 gibt es zum Nachlesen auf den Seiten 20-21 in diesem Magazin.



Ein starkes Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gab es auch von AK-Präsident Sepp Pessler und Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann



„Happy Birthday“ Sepp Pessler. Die GBH gratuliert dem AK-Präsidenten zu seinem runden Geburtstag und unterstreicht die gute Zusammenarbeit

# Aus dem Inhalt ...

**Highlights** dieser Ausgabe deines „BAU-HOLZ-Magazins“

## Arbeitsprogramm 2017-2018 der Bundesregierung

... nützt die Bundesregierung ihre letzte Chance? ..... **Seiten** 4-5

## Wie Gemeinden Bauaufträge fair vergeben können

... Gemeindebund und GBH-Initiative präsentieren Kriterienkatalog ..... **Seiten** 6-7

## ASFINAG beweist: Bestbieterprinzip funktioniert

... ASFINAG stockt Qualitätskriterien freiwillig auf ..... **Seiten** 8-9

## Entsendungen ruinieren Wettbewerb

... Österreich kosten Entsendungen jährlich 1,5 Milliarden Euro ..... **Seiten** 10-11

## Internationales: EU-Dienstleistungskarte

... ist legaler Freibrief für Dumpingfirmen auf Baustellen ..... **Seiten** 18-19

## Bausozialpartner: 2016 gemeinsam erreicht

... SOKO-Bau, Lehrlingspaket, Bestbieterprinzip u. v. m. .... **Seiten** 20-21

## Neujahrstreffen: „... hat Sozialpartnerschaft Zukunft?“

... Podiumsdiskussion im Rahmen des 7. GBH-Neujahrstreffens ..... **Seiten** 24-25

## GBH-Jugend: Fahrtkosten im Fokus

... Verbesserung beim Fahrtkostensatz ..... **Seiten** 28-29

## KV-Verhandlungen

### Lohnverhandlungen. Mehr Geld für die Bau-, Holz- und SteinarbeiterInnen

Am **20. März** machte die **Holz- und Sägeindustrie** den Anfang und konnte in der ersten Runde abgeschlossen werden. Anbei die Eckdaten: KV-Löhne plus 1,7 - 1,82 Prozent, IST-Löhne plus 1,6 Prozent (mindestens 30 Euro pro Monat), Verbesserungen bei Lehrlings-, Karenz- und Dienstreisebestimmungen. Nähere Infos auf: [www.gbh-news.at/kv-holz-saege](http://www.gbh-news.at/kv-holz-saege)

Am **21. März** standen **Bauindustrie und Baugewerbe** auf dem Programm. Hier

konnte ein 2-Jahres-Abschluss erreicht werden. 2017 gibt's um 1,5 Prozent mehr sowie eine Erhöhung der Taggelder. 2018 gibt es eine Erhöhung „Verbraucherpreisindex plus 0,5 Prozentpunkte“. Weitere Infos auf: [www.gbh-news.at/kv-bau](http://www.gbh-news.at/kv-bau)

#### Offene Verhandlungen ...

**Kunststoff verarbeitendes Gewerbe und Musikinstrumentenerzeuger, Stein- und keramische Industrie, Wildbachverbauung sowie der Karosseriebau.**



„Dienstnehmerfreizügigkeit“ – klingt auf den ersten Blick gut. In der Praxis sieht die Sache jedoch anders aus. Entsandte Arbeiter über dubiose Firmen arbeiten in Österreich und die Arbeitslosigkeit ist trotz eines Beschäftigungsrekords hoch (siehe Seiten 10-11).

**Wir haben schon vor Umsetzung der EU-Dienstnehmerfreizügigkeit 2011 die Problematik genau analysiert und Forderungen und Konzepte vorgelegt, die heute zu einem großen Teil umgesetzt oder in Arbeit sind.**

Mit diesem Weitblick haben wir viel für die Beschäftigten in unseren Branchen erreicht – auch wenn uns oft massiver Gegenwind zu bremsen versuchte. Laut war die Kritik von allen Seiten – auch aus dem ÖGB – als wir bereits 2011 Maßnahmen für regionale Auftragsvergaben und fairen Wettbewerb forderten. Wir wurden ins „rechte Eck“ gestellt. **Heute ist allen klar, wir hatten Recht.**

Mittlerweile gibt es dank unseres Einsatzes gesetzliche Maßnahmen für faire Vergaben und gegen Lohn- und Sozialdumping. Auch Konjunkturprogramme und Beschäftigungsmaßnahmen haben wir „mitgefunden“.

Klar ist: Wir können in Österreich auch mit dem größten Konjunktur- und Beschäftigungspaket nicht ganz Europa retten. Wir müssen die Arbeitsplätze unserer Beschäftigten in Österreich sichern.

Deine GBH wird auch diesmal Gegenwind und Kritik aushalten und sich mit Weitblick schlussendlich durchsetzen.

  
**Abg. z. NR Josef Muchitsch**  
GBH-Bundesvorsitzender

# Arbeitsprogramm 2017–

**Bundesregierung.** Die wohl letzte Chance wurde genutzt – mit einem neu adaptierten Regierungsprogramm wird für Österreich weitergearbeitet, statt Neuwahlen vom Zaun zu brechen. Wichtig ist jetzt, dass die Arbeit dieser Koalition auch für die Bevölkerung positiv spürbar wird. Hier eine kurze Analyse des Arbeitsprogramms aus Sicht der Gewerkschaft Bau-Holz.



Foto: Andy Wenzel, BKA

Das Arbeitsprogramm gibt's unter:  
[www.bundestkanzleramt.at/regierungsdokumente](http://www.bundestkanzleramt.at/regierungsdokumente)

**Vorstellung des Arbeitsprogrammes 2017 – 2018 im Parlament.** Abg. z. NR Josef Muchitsch dazu: „Lassen wir diese Bundesregierung arbeiten und beurteilen wir sie nach dem, was umgesetzt wird. Wichtig wird es sein, dass zum neuen Koalitionsabkommen noch Forderungen und Visionen der GBH umgesetzt werden. Vor allem in den Bereichen des Vergabebereichs mit dem Bestbieterprinzip und im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping mit einem geregelten Zugang auf unseren Arbeitsmarkt.“

**Das Koalitionspapier ist ein Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft, aber auch ein klarer Auftrag an die Sozialpartner, realitätsnahe und tragfähige Konzepte zu liefern.**

**Wir als GBH sind bereit dazu!**

Das beweisen nicht zuletzt die Stellungnahmen und Forderungen prominenter Sozialpartner im Zuge der GBH-Neujahrstour, die Bundesregierung solle auf die Sozialpartner „mehr hören“ und fertige Konzepte auch umsetzen. Muchitsch: „Dazu haben wir nun in vielen Schwerpunkten den Auftrag bekommen.“

**Wichtige Punkte im Koalitionsabkommen**

- **Arbeitszeitflexibilisierung**  
Die Bausozialpartner arbeiten an einem

Modell, das eine verbesserte Jahresbeschäftigung zum Ziel hat.

- **1.500 Euro Mindestlohn**  
Ist im Bereich der GBH fast überall umgesetzt. Offen sind noch Bereiche im Kunststoffgewerbe. Vorgespräche zwischen den Sozialpartnern laufen.
- Die Maßnahmen gegen die „**kalte Progression**“ sind zu begrüßen.
- **Wohnbaupaket**  
Investitionen in sozialen Wohnbau sind sichere Investitionen und müssen forciert werden, vor allem die Baulandmobilisierung ist hier zu begrüßen.
- Maßnahmen zur **Begrenzung des Zugangs zum österreichischen Arbeits-**

**markt** verfolgen die GBH als Thema bereits seit Jahren.

- **Lehrlingspaket**  
Positiv ist das klare Bekenntnis zur dualen Ausbildung und somit zur Lehre.
- **Energie und Nachhaltigkeit**  
Wenn die Bundesregierung die Klima- und Energiestrategie 2030 umsetzen will, muss es zu einer Aufwertung des Bundessanierungsschecks kommen! Investitionen in Energie und Nachhaltigkeit sind immer auch Investitionen in Infrastruktur und bringen und sichern Arbeitsplätze in unseren Branchen.
- **Infrastruktur-Aufwertung am Land**  
Ist nur möglich, wenn die notwendige Infrastruktur vorhanden ist.

# 2018 der Bundesregierung

**Beschäftigungsbonus.** Die Regierung vereinbart „Beschäftigungsbonus“ zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt in Österreich. Bundeskanzler Kern fand deutliche Worte und erklärte, wie eine Bremse eingebaut werden soll, damit von den neuen Jobs nicht nur Osteuropa profitiert. Damit hat die Bundesregierung eine langjährige Forderung der GBH aufgenommen.



**Ab 1. Juli 2017 soll der Beschäftigungsbonus starten und Unternehmen Anreize zur Schaffung neuer Jobs bieten.**

Für jeden neuen Arbeitsplatz sollen in den kommenden drei Jahren 50 Prozent der Lohnnebenkosten rückerstattet werden. Voraussetzung: Sie müssen mit Arbeitssuchenden besetzt werden, die beim AMS arbeitslos gemeldet sind, die also schon in der Vergangenheit in Österreich legal gearbeitet und Beiträge bezahlt oder hier ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

**Die österreichischen Beschäftigten müssen davon profitieren**

„Wenn wir das Geld österreichischer Steuerzahler in die Hand nehmen, dann müssen auch die österreichischen Arbeiter und Angestellten davon profitieren“, sagte Kern. Die Förderung müsse zu einer Hilfe für die werden, die heute in Österreich Arbeit suchen. Es solle aber „kein Anreiz dazu sein, dass neue Arbeitssuchende zu uns kommen und der Druck auf dem Arbeitsmarkt noch weiter steigt.“

**Unternehmen werden dadurch wieder verstärkt auf Eigenpersonal setzen**

Durch den 50-prozentigen Lohnnebenkostensatz für neue, zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen, die in Österreich schon im System sind, schaffe man neue Beschäftigung.

„Dadurch zahlt es sich für heimische Unternehmen wieder aus, vermehrt auf Eigenpersonal zu setzen“, ist Abg. z. NR Josef Muchitsch von einem positiven Effekt des Beschäftigungsbonus überzeugt.

*Beschäftigungsbonus der Bundesregierung ist „Notbremse“ gegen neue Ost-Arbeiter!*

## Beschäftigungsaktion 20.000

Für Ältere ist es besonders schwer, einen Arbeitsplatz zu finden, obwohl es viele Bereiche gibt, in denen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt werden. Die Bundesregierung hat daher im neuen Arbeitsprogramm die Aktion 20.000 beschlossen, um für über 50-jährige langzeitarbeitslose Menschen 20.000 Arbeitsplätze in Gemeinden, über gemeinnützige Trägervereine und soziale Unternehmen zu schaffen bzw. zu fördern.

Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Bestehende Arbeitsplätze werden durch die Aktion 20.000 nicht ersetzt. Es werden ausschließlich Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, die ohne Beihilfengewährung nicht realisierbar wären. Alle Arbeitsplätze werden nach den jeweils aktuell gültigen kollektivvertraglichen Regeln bezahlt und werden auch vom Arbeitszeitausmaß die materielle Existenzsicherung gewährleisten.“



# Wie Gemeinden Bauaufträge

**Faire Vergaben.** Gemeindebund und die Sozialpartnerinitiative „Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!“ legen Leitfaden für Kommunen vor.

Seit März 2016 gilt das Bestbieterprinzip bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Vielen öffentlichen Auftraggebern, darunter sind auch die Gemeinden, ist nicht bewusst, dass auch sie selbst im Rahmen des Vergaberechts weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Fairness bei öffentlichen Aufträgen setzen können.

Gemeinsam mit der Kanzlei Heid-Schiefer haben der Österreichische Gemeindebund und die GBH-Initiative „Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!“ einen Vergabeleitfaden speziell für Gemeinden zur fairen Auftragsvergabe erarbeitet.

**Mehr als 2 Milliarden Euro investieren allein Gemeinden jährlich in Projekte**

„Die Gemeinden sind die größten öffentlichen Auftraggeber des Landes“, sagt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „Sie investieren insgesamt mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr in neue Pro-

jekte, das ist mehr Geld als etwa die Länder oder auch der Bund in Infrastruktur investieren. Es ist daher sinnvoll, dass man die gesetzlichen Normen des Bestbieterprinzips um einige Details ergänzt, die insgesamt zu mehr Fairness bei öffentlichen Vergaben führen“, so Mödlhammer. „Ich habe mich vor ein paar Monaten darüber geärgert, dass ein Leitfaden erschienen ist, der sich vorwiegend mit großen Auftraggebern wie der AS-FINAG oder den ÖBB befasst hat. Die Projekte und Verfahren der Gemeinden haben in der Regel ein viel kleineres Ausmaß, da kann man nicht die gleichen Kriterien anlegen wie bei großen Auftraggebern und großen Baukonzernen“, so Mödlhammer. „Wir haben uns daher sehr rasch mit den Sozialpartnern zusammengesetzt, um eine eigene nun vorliegende Version für Gemeinden zu erarbeiten.“

**Chancen für regionale Klein- und Mittelbetriebe auf öffentliche Bauaufträge**

„Fairness beinhaltet nämlich auch, dass nicht nur große Konzerne, sondern auch re-

gionale Klein- und Mittelbetriebe eine Chance haben, bei öffentlichen Bauaufträgen konkurrenzfähig mitzubieten zu können“, so Mödlhammer. „Die Ausschreibungskriterien müssen daher sowohl für kleine Gemeinden machbar, als auch für Klein- und Mittelbetriebe verständlich und erfüllbar sein“, so der Gemeindebund-Chef.

**Vergabetool für Gemeinden**

Gemeinsam mit der Gemeinde-Plattform [www.kommunalnet.at](http://www.kommunalnet.at) und dem Auftragnehmerkataster (ANKÖ) habe der Gemeindebund daher den Kommunen auch ein Tool zur Verfügung gestellt, um Aufträge rechtlich sicher und mit möglichst geringem Aufwand durchführen zu können. „Dieses Tool werden wir in die Gemeinden bringen, damit dort die MitarbeiterInnen Unterstützung bei der Abwicklung von Vergabeverfahren haben. Ich danke ausdrücklich den Sozialpartnern dafür, dass sie unsere Sorge aufgegriffen haben und gemeinsam diese Version für die Gemeinden erarbeitet haben.“

## WIFO-Studie: Bestbieterprinzip wird bei öffentlichen Vergaben ungenügend genutzt

Die öffentliche Hand setzt bei Bestbieterverfahren allzu oft auf den Preis – und weniger auf Qualitätskriterien. Das ergibt eine aktuelle Studie des WIFO. Im europäischen Vergleich schöpft Österreich die Möglichkeiten damit nur unterdurchschnittlich aus.

Die Mehrzahl der öffentlichen Vergaben wird in Österreich zwar mittels Bestbieterprinzip – im Gegensatz zum Billigstbieterprinzip – durchgeführt. Die Gewichtung preisfremder Kriterien ist aber in keinem anderen untersuchten westeuropäischen Land so schwach ausgeprägt wie in Österreich.

Während in den Vergleichsländern nur bei 1 Prozent aller Vergaben dem Preis ein Entscheidungsgewicht von 95 Prozent oder mehr zukommt, ist dies in Österreich bei knapp 20 Prozent aller Vergaben zu beobachten. In rund 44 Prozent der Fälle beträgt das Gewicht des Preises in Österreich zumindest 80 Prozent (in den Vergleichsländern: 10 Prozent). Vor allem in den Bereichen Bauwesen, Rohstoffe und Nahrungsmittel werden seltener Bestbieterverfahren verwendet. Auch die Gewichtung von preisfremden Kriterien ist hier deutlich geringer.

**GBH fordert eine stärkere Nutzung aller gesetzlichen Möglichkeiten**

GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Die gesetzlichen Möglichkeiten, die wir geschaffen haben, werden absolut nicht ausreichend genutzt. Bei der nun anstehenden Novelle des Vergaberechts versuchen einige Kräfte, sogar noch einen Rückschritt zu erreichen! Es wird harter Verhandlungen und großer Überzeugungsarbeit bedürfen, um hier aus den alteingefahrenen Spuren herauszukommen.“

# Aufträge fair vergeben können



V.l.n.r.: GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Dr. Stephan Heid und Bundesinnungsmeister BAU KR Hans-Werner Frömmel stellen gemeinsam den Leitfaden für faire Gemeindevergaben vor. Ziel ist, dass regionale Betriebe mehr Chancen auf öffentliche Aufträge von Gemeinden bekommen.

Der Leitfaden für faire Vergaben wurde – ebenso wie die Musterzuschlagskriterien – an alle heimischen Gemeinden übermittelt.

## Gemeinden als Partner für faire Vergaben

„Mit Einführung des Bestbieterprinzips wurde ein wichtiger Schritt für faire Vergaben gesetzt“, sagt Abg. z. NR Josef Muchitsch. „Nicht der Preis allein zählt bei Auftragsvergaben in der Bauwirtschaft! Umso schöner ist es, dass der Gemeindebund mit einem eigenen Vergabekatalog speziell für Gemeinden als wichtiger Partner gewonnen wurde. Gerade richtig zu einem Zeitpunkt, wo wir im Parlament über eine weitere Novelle verhandeln.“

## Rechtssicherheit bei regionalen Vergaben

„Gemeinden sind als öffentliche Auftraggeber besonders für die regionale Wirtschaft von immenser Bedeutung. Deswegen hat unsere Initiative 'Faire Vergaben' immer den Dialog gesucht. Dadurch konnten wir auch manche Bedenken, dass es mit dem Bestbie-

terprinzip zu einem höheren Aufwand kommen könnte, zerstreuen. Mit dem Katalog haben Gemeinden nun ein wertvolles Werkzeug, um mit der neuen Rechtsmaterie vertraut zu werden. Ich bin davon überzeugt, dass die öffentlichen Auftraggeber im Sinn der regionalen Wirtschaft mit dem Bestbieterprinzip umgehen werden“, so Bundesinnungsmeister Hans-Werner Frömmel.

## Beschäftigung von Lehrlingen oder älteren Dienstnehmern kann ein Kriterium sein

Dr. Stephan Heid hat den Katalog maßgeblich erarbeitet: „Mit dem vorliegenden Bestbieterkriterien-Katalog ist es kleineren und mittleren Gemeinden möglich, auf einfache Weise den vergaberechtlichen Anforderungen an das Bestbieterprinzip bei Bauaufträgen nachzukommen. Die vorgeschlagenen Beispiele für wirtschaftliche, soziale und Umweltkriterien bieten für jedes Vorhaben die Grundlage für einen auf den Einzelfall abgestimmten Mix an Zuschlagskriterien und fördern den Einsatz regionaler Unternehmen.“

## Mögliche qualitative Zuschlagskriterien

### 1. Wirtschaftliche Kriterien

- 1.1 Fachliche Qualifikation des Schlüsselpersonals (Referenzprojekte)
- 1.2 Reaktionszeit Bauphase

### 2. Soziale Kriterien

- 2.1 Zusätzliche Erhöhung der Arbeitssicherheit auf der Baustelle
- 2.2 Beschäftigung von Lehrlingen (und Personen in Ausbildung) und/oder älteren ArbeitnehmerInnen (ab dem vollendeten 50. Lebensjahr)

### 3. Umweltkriterien

- 3.1 Reduktion der Umweltbelastung durch Verringerung von Transportkilometern und LKW-Transporten (über 3,5t) auf die Baustelle
- 3.2 Technische Ausstattung der einzusetzenden Fahrzeuge (Euro-Klasse, CO<sub>2</sub>-Emission)



Gemeindevergabe-Katalog  
[www.faire-vergaben.at/downloads](http://www.faire-vergaben.at/downloads)

# ASFINAG beweist: Best



## ASFINAG investiert 1,2 Milliarden Euro

**Investitionen.** 1,2 Milliarden Euro investiert die ASFINAG in Autobahnen und Schnellstraßen. Davon gehen 530 Millionen in den Neubau von Strecken und zweiten Tunnelröhren, 470 Millionen fließen in die Erneuerung bestehender Straßen und Tunnel.

### Start für Bau der S 7, S 36 und S 3

Beim Streckenneubau starten die Arbeiten für die S 7 Fürstenfelder Schnellstraße, die von der A 2 Südautobahn in der Steiermark bis zur ungarischen Staatsgrenze im Burgenland verlaufen wird. Das gilt auch für den zweiten Schritt des Ausbaus der S 36 Murtal Schnellstraße zwischen St. Georgen ob Judenburg und Scheifling. Auch die neue S 3 Weinviertler Schnellstraße zwischen Hollabrunn und Guntersdorf nimmt die ASFINAG in Angriff. Noch heuer wird nach zwei Jahren Bauzeit die A 5 Nordautobahn zwischen Schrick und Poysbrunn in Niederösterreich für den Verkehr frei-

gegeben. Das Ziel dieser Projekte: Entlastung der Menschen vom Verkehr in den Ortskernen, Verkehrssicherheit, Erleichterung für PendlerInnen und mehr Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung.

### Mehr Tunnelsicherheit

Ein weiterer Fokus der Investitionen liegt auf über 30 Großprojekten für mehr Tunnelsicherheit. Die ASFINAG errichtet dabei zusätzliche zweite Röhren mit europaweit führender Sicherheitstechnik und modernisiert bestehende Tun-

nelanlagen. So fließen rund 320 Millionen Euro alleine in Tunnelsicherungsprojekte.

### Kunden im Mittelpunkt

Das Investitionsprogramm finanziert die ASFINAG mit Einnahmen aus Vignette und Lkw-Maut. Das Unternehmen erhält keine Zuschüsse aus dem Staatsbudget. Sowohl beim Zweck – ein verkehrssicher ausgebautes und langlebiges Netz – als auch beim Bau selbst stehen die Kunden der ASFINAG im Mittelpunkt. Ziel: Möglichst geringe Behinderungen, möglichst wenig Zeitverlust, größtmögliche Sicherheit im Baustellenbereich und rechtzeitige Information.



Alle Investitionen im Detail:  
[www.asfinag.at/unterwegs/bauen](http://www.asfinag.at/unterwegs/bauen)



# bieterprinzip funktioniert

**Faire Vergaben.** Seit September 2015 werden die Vergaben von der ASFINAG nach Bestbieterprinzip freiwillig und vor allem erfolgreich durchgeführt. Deshalb stockt die ASFINAG die bestehenden 18 Qualitätskriterien auf 31 auf. Unternehmen, welche ältere Personen und Lehrlinge beschäftigen oder auf eine besonders umweltfreundliche Bauweise setzen, erhalten ein Plus.



Anlässlich einer Pressekonferenz präsentierte Alois Schedl (ASFINAG-Vorstand, links) gemeinsam mit Infrastrukturminister Jörg Leichtfried (Mitte) und Abg. z. NR Josef Muchitsch (rechts) die positive Bilanz des Bestbieterverfahrens. Gleichzeitig wurden neue Qualitätskriterien vorgestellt.

**Mit einem jährlichen Investitionsvolumen von mehr als einer Milliarde Euro ist die ASFINAG einer der größten öffentlichen Auftraggeber und hat somit zentrale Bedeutung für die Bauwirtschaft.**

Nach einer Reihe von Testprojekten wendet die ASFINAG seit September 2015 bei allen Bauausschreibungen über einer Million Euro das Bestbieterprinzip an. Unternehmen können durch Einsetzen von Qualitätskriterien zu einem höheren Preis anbieten. Klare Subunternehmer-Bestimmungen verhindern die Bildung von Sub-Sub-Sub-Ketten. Kernleistungen müssen Unternehmen selbst erbringen. Das Ziel dahinter: (Noch) mehr Qualität, die sich wirtschaftlich mittelfristig rechnet.

## ASFINAG übernimmt Vorreiterrolle

Bundesminister Jörg Leichtfried: „Die ASFINAG nimmt beim Bestbieterprinzip eine

Vorreiterrolle ein. Von fairen Vergaben profitieren alle Beteiligten. Dadurch stärken wir die heimische Wirtschaft: rund 90 Prozent der Aufträge gehen an Betriebe in Österreich.“

## Mehr Qualität und Transparenz

„Mit dem erfolgreichen Einsatz des Bestbieterprinzips erreichen wir mehr Qualität bei unseren Bauprojekten. Deshalb werden wir die 18 Qualitätskriterien auf 31 aufstocken. Bisher lag ein Fokus auf Bauqualität. Künftig haben bei unseren Vergaben auch Unternehmen ein Plus, wenn sie ältere Personen und Lehrlinge beschäftigen oder auf eine besonders umweltfreundliche Bauweise setzen“, betonte ASFINAG-Vorstand **Alois Schedl**.

## Das Bestbieterprinzip funktioniert

„Das Bestbieterprinzip rechnet sich und die ASFINAG liefert den Beweis dafür. Doch an

ein Zurücklehnen ist bei der ASFINAG nicht gedacht. Vielmehr werden weitere Zuschlagskriterien in den ASFINAG-Vergabekatalog aufgenommen bzw. Vorschläge unserer Initiative ‚FAIRE VERGABEN‘ übernommen. Offen ist die ASFINAG auch für eine neue Ausrichtung bei Eignungskriterien von Anbietern. Konkret: Welche Firmen sind bei Ausschreibungen geeignet, ein Angebot abgeben zu dürfen? Welche sind in der Lage, die Kernleistungen bzw. kritische Leistungen mit Eigenpersonal abzuwickeln?“ sagt Abg. z. NR Josef Muchitsch.

## Die wesentlichen Qualitäts-Aspekte der ASFINAG seit 1. 1. 2017

- **Beschäftigung Älterer** (über 50)
- **Beschäftigung von Lehrlingen**
- **Weniger Umweltbelastung** durch Reduktion von Transportkilometern
- **Einsatz moderner, schadstoffarmer Baufahrzeuge**
- **CO2-Neutralität** bei Stahlherstellung
- **Verkürzung der Bauzeit mittels Zwei-Schicht-Modell**
- **Zwischen 20 und 50 Prozent des Auftrags muss der Auftragnehmer gemäß Vorgabe des Bauherrn ASFINAG selbst erbringen und darf dies bei Projekten nicht an beliebige Sub-Sub-Firmen übertragen.**

## ASFINAG-Bestbieterprinzip

Entscheidend für einen Zuschlag ist nicht mehr ausschließlich der Preis, sondern auch die Qualität. Erfüllt ein Unternehmen eines oder mehrere dieser Qualitätskriterien, kann es auch zu einem höheren Preis anbieten. Nach diesem Prinzip wurden bisher 98 Vergabeverfahren im Umfang von 720 Millionen Euro seit September 2015 ausgeschrieben. Die 18 Qualitäts-Kriterien werden nun auf 31 aufgestockt. Das beweist: **Das Bestbieterprinzip funktioniert!**

Studie belegt:

Entsendete  
Arbeiter  
**ruinieren**  
**Wett-**  
**bewerb in**  
**Österreich**



# ... und kosten den Staat **1,5 Mrd. Euro**

**Entsendungen.** Unternehmen mit Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum entsenden Arbeitskräfte nach Österreich, um hier Dienstleistungen zu verrichten. Sie müssen aber laut EU-Recht keine Steuern und Abgaben in Österreich zahlen. Die Sozialpartner warnen vor ruinösem Wettbewerb für österreichische Betriebe.



Die präsentierte Studie der Wirtschaftskammer zeigt deutlich die gravierenden Auswirkungen von entsendeten Arbeitskräften. V.l.n.r.: Ing. Josef Witke, Bundesinnungsmeister und Landesinnungsmeister Wien der Innung der Elektro-, Gebäude-, Alarm- und Kommunikationstechniker; Abg. z. NR Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, und Mag.(FH) Maria Smodics-Neumann, Obfrau der Sparte Gewerbe und Handwerk der Wirtschaftskammer Wien.

GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch sieht Brüssel gefordert: „Die EU kann nicht das Ziel haben, dass Arbeitslosigkeit von einem Land in ein anderes Land verschoben wird“. Er sperre sich nicht gegen Entsendungen, doch müssten die gleichen Bedingungen herrschen, wie für österreichische Firmen. Zwar müssen gleiche Löhne gezahlt werden, aber die Lohnnebenkosten werden im Entsendestaat entrichtet. In osteuropäischen Ländern sind diese niedriger als in Österreich. Dadurch ergibt sich für die Entsendefirmen ein Wettbewerbsvorteil. Wir brauchen daher gleiche Lohnnebenkosten für alle Anbieter in Österreich“, so Muchitsch.

## Bei 43 Prozent der ausländischen Firmen besteht Verdacht auf Unterentlohnung

Doch auch die vorgeschriebenen gleichen Löhne für entsendete Arbeitnehmer werden von den ausländischen Firmen oft nicht bezahlt: Bei Baustellenkontrollen wurden 2016 bei 0,9 Prozent der inländischen Fir-

men, aber bei 43 Prozent der ausländischen Firmen Verdachtsfälle von Unterentlohnung gefunden.

## Ausbildungssystem gefährdet

Für Maria Smodics-Neumann (Obfrau Gewerbe und Handwerk der WK Wien) ist das System der Entsenderichtlinie zu überdenken: „Nur wenn der Unternehmer Aufträge zu fairen Preisen erhält, kann er Lehrlinge ausbilden“. Die EU solle „mutig“ sein und endlich einen fairen Wettbewerb schaffen. Österreich braucht Verbündete innerhalb der EU für notwendige Veränderungen.

## Preisverfall ruiniert Gewerbe

Für Josef Witke, Obfrau-Stv. Gewerbe und Handwerk, ist die Lage dramatisch: „Es gibt einen absoluten Preisverfall, weil Firmen aus dem Ausland um bis zu ein Drittel günstiger anbieten können. Zu diesen Preisen können österreichische Firmen nicht mehr kostendeckend arbeiten.“

## Bundesregierung setzt erste Maßnahmen

Auf EU-Ebene gibt es Bemühungen, andere betroffene Staaten, allen voran Deutschland, für Veränderungen zu gewinnen. Parallel dazu plant man auf nationaler Ebene bereits erste Maßnahmen bei der Zielgruppe ältere Arbeitssuchende „50plus“ und einen Beschäftigungsbonus für österreichische Firmen (siehe Seiten 4-5).

## Die GBH fordert weitere Maßnahmen:

- Das **Bestbieterprinzip** muss bei öffentlichen Aufträgen stärker gelebt werden.
- **Einhaltung der Spielregeln** auch während der Ausführung des Auftrags und damit Überwachung der Ausführung auf Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen (zum Beispiel Lohn- und Sozialdumping)
- **Gleiche Lohnnebenkosten für alle Anbieter in Österreich**

## Daten & Fakten aus der Studie

- Österreichischen Firmen entgehen **rund 4,4 Mrd. Euro Umsatz**
- Österreich entgehen **983 Millionen Euro an Steuern und Abgaben**
- Österreichische Arbeitskräfte werden durch ausländische ersetzt. **Folge: 535 Millionen Euro mehr Arbeitslosengeld**
- **EU-Ostländer haben geringere Lohnnebenkosten.**
- **Die österreichischen Unternehmen haben daher einen klaren Wettbewerbsnachteil.** Sie können mit den Dumpingpreisen nicht mithalten.
- **2016 gab es 193.000 Entsendungen** mit einer durchschnittlichen Dauer von 86 Tagen, **das entspricht 44.885 Arbeitsplätzen**

Studie: **KMU Forschung Austria** für die WK Wien

wir  
verhandeln  
deinen  
Lohn

**MEHR GELD!**

**Höchste KV-Abschlüsse  
in den letzten Jahren.**

**Jährlich mehr Einkommen** für unsere Bau-, Holz- und Steinarbeiterinnen.

Mit 1. Mal gibt es jährlich Lohnerhöhungen – aber nur, weil die Gewerkschaft Bau-Holz sie mit den Arbeitgebern verhandelt! Das bringt für **die Beschäftigten aus unseren Branchen jedes Jahr mehr im Geldbörse!**

**Nur die Gewerkschaft Bau-Holz verhandelt  
deine jährliche Lohnerhöhung.**

**Für dich erreicht!**

**... deine  
Gewerkschaft  
Bau-Holz!**



[www.bau-holz.at](http://www.bau-holz.at)

*Es zahlt sich aus, dabei zu sein!*

# Was bringt die geplante Reform der Gewerbeordnung?

**Debatte im Parlament.** Experten diskutierten die Novelle des Gewerberechts. Bis zum Sommer soll sie stehen - aber noch gibt es einige Streitpunkte.

Am 1. Februar wurde ein Entwurf für die Novelle der Gewerbeordnung im Ministerrat beschlossen und dem Parlament zur weiteren Bearbeitung zugewiesen.

**Im Parlament ist die Reform der Gewerbeordnung immer noch umstritten.**

Josef Muchitsch, Chef der Gewerkschaft Bau-Holz und als SPÖ-Sozialsprecher bei der Debatte im Parlament an vorderster Front dabei, zeigt sich optimistisch: „Lediglich in ein paar Punkten gibt es noch ‚Nebel‘. Speziell bei den kollektivvertraglichen Fragen, wenn Unternehmen Nebenleistungen erbringen. Im Sommer soll die Reform aber stehen.“

**Kurzer Rückblick**

Anfang November schien alles geklärt. SPÖ und ÖVP einigten sich im Ministerrat auf

eine Novelle. Man verständigte sich darauf, dass von den derzeit 21 teilreglementierten Gewerben 19 zu freien Gewerben werden sollten.

**Der „Giftzahn“ und „Jobkiller“ liegt bei den Nebenrechten**

Bei reglementierten Gewerben sollten diese 15, bei freien 30 Prozent betragen. Das Problem war, die Prozentangabe hätte sich auf den Jahresgesamturnsatz bezogen. Muchitsch: „Wenn die Gewerbeordnung so gekommen wäre, hätte ein Baustoffhändler ein Haus bauen können. Das wäre speziell für Klein- und Mittelbetriebe eine Katastrophe gewesen. Im nun vorliegenden Ministerratsentwurf konnten wir das bereinigen. Festgeschrieben wird jetzt bei den Nebenrechten der Auftrag statt des Jahresumsatzes. Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen Betriebe.“

Ebenfalls Teil der Novelle ist eine klare Zuordnung von Kollektivverträgen bei Ausübung von Nebenrechten. Zudem ist geregelt, dass bei rechtskräftig verurteilten Scheinunternehmen der Gewerbeschein entzogen wird. „Das ist ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping“, sieht Muchitsch diese Erneuerung ebenfalls positiv.

**Die noch offenen Punkte der Debatte aus den BAU-HOLZ-Branchen**

- Reform des reglementierten Gewerbes für das Bau- und Baunebengewerbe in Bezug auf den freien Bereich
- Prüfung der Möglichkeiten der Einbindung der Gewerbebehörden bei Maßnahmen gegen Scheinselbständigkeit

Bis zum Sommer ist das Parlament gefordert, eine Lösung vorzulegen.

## Versammlungsfreiheit ist unantastbar

**Demokratie.** Muchitsch fordert: Stärkere Bestrafung für „Chaoten“, denen es bei Demos rein um Gewalt geht



**Ohne Versammlungen gäbe es noch keine Demokratie auf dieser Erde.**

Keine Partei oder Person soll daher zukünftig darüber entscheiden, ob Demonstrationen stattfinden oder nicht. Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) BV Abg. z. NR Josef Muchitsch fordert stattdessen eine strengere Bestrafung für „Chaoten“, denen es bei Demonstrationen nur um Gewalt geht.

**Die Versammlungsfreiheit ist unantastbar.**

Dennoch gibt es Vorfälle im Umfeld von Demonstrationen, bei denen nicht weggeschaut werden darf. „Krawallbrüder“ und

„Berufsdemonstranten“, für welche nicht das Thema einer Demonstration, sondern die Gewalt im Vordergrund steht, müssen stärker bekämpft werden. „Linke und rechte Chaoten“ müssen zukünftig strenger bestraft werden. Bei Randalen im Zuge von Demonstrationen dürfen auch Teilnehmer und Passanten nicht einfach wegschauen. Das kann mit einer „unterlassenen Hilfeleistung“ bei Unfällen verglichen werden. Auch dafür muss es Konsequenzen geben.

**Innenminister Wolfgang Sobotka spielt hier mit einer schwer erkämpften Freiheit und somit den Menschenrechten – das ist nicht akzeptabel.**



## Huss: Oberflächlicher Populismus und Klientelpolitik reformieren die Sozialversicherung sicher nicht

WKÖ und IV wollen neue Selbstbehalte in den Krankenkassen

Im November 2016 gab das Sozialministerium eine umfangreiche Studie zur Effizienz der österreichischen Sozialversicherung in Auftrag. Trotzdem präsentierten jetzt sowohl die Industriellenvereinigung (IV) als auch die Wirtschaftskammer (WKÖ) eine „Gegenstudie“. Andreas Huss, GBH Salzburg-LGF und Obmann der Salzburger Gebietskrankenkasse, ist verwundert: „Die Frage ist, wer hier Geld zum Fenster rauswirft!“

Die Ergebnisse der beiden „Gegenstudien“ sind überschaubar und drehen sich um Themen, die ohnehin bereits diskutiert werden. So fordern beide die Reduktion der Krankenversicherungsträger, aber auch eine Ausweitung der Selbstbehalte. Huss: „Damit sollen offenbar die SV-Beiträge der Arbeitgeber gesenkt werden. Die Kranken müssten dafür mehr bezahlen!“

An einer Vereinheitlichung der Krankenkassen-Leistungen wird bereits gearbeitet. Ob eine Zusammenlegung von Krankenkassen Sinn macht, müssen Experten beurteilen, wie Huss betont: „Aber auch hier ist die Frage, werden die Leistungen nach unten (immer die schlechteste Leistung) oder nach oben (zur besten Leistung) angepasst. Eine Nivellierung nach unten bedeutet deutliche Verschlechterungen für die Versicherten. Das wird es mit uns sicher nicht geben.“

Die Krankenversicherungsträger haben derzeit Verwaltungskosten von rund 440 Mio. Euro oder 2,9 % der Einnahmen.

Von 100 Euro Beitrag werden 97,10 Euro wieder für Gesundheitsleistungen ausgegeben. Huss: „Ich bezweifle, dass dieser Wert durch Zusammenlegungen deutlich verbessert werden kann, denn Ambulatorien und Außenstellen wird es ja weiter geben müssen. Zusammenlegungen würden jedenfalls Arbeitsplätze in den Regionen kosten, die nach Wien verlagert würden, und Verhandlungen in den Regionen erschweren. Zudem ist Fakt, dass die bundesweit organisierten SV-Träger wie die Beamtenversicherung und die Gewerbliche Versicherung schon jetzt wesentlich höhere Verwaltungskosten (rund 4-5 %) haben.“

Eine allzu durchsichtige Forderung der WKÖ ist es, Einrichtungen der SV wie Ambulatorien, Kur- und Reha-Einrichtungen uvm. zu schließen. Dahinter steckt, dass diese Leistungen privatisiert und damit die Gewinnmöglichkeiten ihrer Klientel erhöht werden. Diese Gewinne stehen dann aber für Gesundheitsleistungen nicht mehr zur Verfügung. Huss: „Eines ist aus beiden Studien klar herauszulesen: die Unternehmen wollen weniger Beiträge bezahlen, mehr Selbstbehalte einheben und die Mehrheit in allen Sozialversicherungsgremien erhalten. Mit oberflächlichem Aktionismus oder gar Populismus, wie ihn IV und WKÖ betreiben, werden wir jedenfalls nichts erreichen.“

**Andreas Huss, MBA**

GKK-Obmann und LGF der GBH Salzburg

## Stirb langsam – Arbeitsstoffe als schleichende Krankmacher

In Österreich sterben jährlich 1.820 Menschen an arbeitsbedingten Krebserkrankungen, EU-weit sind es über 100.000 Todesfälle. Eine besondere Rolle spielen dabei krebserzeugende Arbeitsstoffe – sie sind schleichende Krankmacher. Um die Beschäftigten besser zu schützen, bedarf es moderner, risikobasierter Grenzwerte für Arbeitsstoffe.

Besonders wichtig ist, dass die ArbeitnehmerInnen über die korrekte Verwendung gefährlicher Arbeitsstoffe, erforderliche Schutzmaßnahmen und eventuelle Risiken informiert und unterwiesen sind. Als letzte Möglichkeit, wenn alle technischen und organisatorischen Maßnahmen ausgeschöpft sind, ist geeignete persönliche Schutzausrüstung zu verwenden.

Mehr zu diesem Thema gibt es in der aktuellen Ausgabe des Magazins *Gesunde Arbeit*, dem Fachmagazin von ÖGB und Bundesarbeitskammer zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit.



„Gesunde Arbeit“ kann unter [www.gesundearbeit.at/magazin](http://www.gesundearbeit.at/magazin) kostenlos heruntergeladen werden.

## GBH-Expertenkurse laufen

Weiterbildung ist das wichtigste Instrument für BetriebsrätInnen, um ihren anspruchsvollen Job gut erfüllen zu können. Das wissen vor allem jene BetriebsrätInnen, die die GBH-Grundausbildung absolviert haben und nun in den Expertenkursen ihr Wissen vertiefen.

**Bist du Betriebsrat/Betriebsrätin und willst dich fit für deinen Job machen?**

Infos [www.bau-holz.at/bildung](http://www.bau-holz.at/bildung) oder in der GBH-Bildungsabteilung, Koll. Mario Bartl, Tel. 01/534 44-59305, Mail: [bildung@gbh.at](mailto:bildung@gbh.at).



**Last Minute!** Für einen Kurs gibt es heuer noch Restplätze: Verhandlungstechnik (8. – 12. Mai) – rasch anmelden!

# Urlaub in den Kitzbüheler Alpen.

## Erholung für die ganze Familie.

### Radfahren im Herzen der Kitzbüheler Alpen Mai bis Oktober 2017

- 7 / 4 Übernachtungen im Doppel- oder Einzelzimmer
- Frühstücksbuffet und 3-Gang-Abendmenüs
- Nutzung der Wellness-Oase & Panoramahallenbad
- Radwegekarte der Region
- Trinkflaschenfüllung und Müllregel pro Tour
- Wäscheservice für die Trikots (2x/Woche)
- Wasch- und Pumpstation, Fahrradkeller
- 1 Fahrtechniktraining + 3 geführte Touren oder  
5 geführte Touren ohne Fahrtechniktraining  
inkl. 4 Tage E-Bike-Verleih bei 7 Übernachtungen
- 1 Fahrtechniktraining + 1 geführte Tour oder  
3 geführte Touren ohne Fahrtechniktraining  
inkl. 2 Tage E-Bike-Verleih bei 4 Übernachtungen

Preis pro Person für GBH-Mitglieder  
ab EUR 296,00

### Kinderwochen

22.07.2017 bis 29.07.2017 &  
29.07.2017 bis 05.08.2017

Das jüngste Kind nächtigt im Zimmer der Eltern gratis!

- 7 Übernachtungen im Mehrbettzimmer
- Frühstücksbuffet und Abendmenüs
- Nutzung der Wellness-Oase & Panoramahallenbad
- buntes Kinderprogramm mit Ausflügen,  
Fun-Bewerben, Minigolf, uvm.

Preis pro Person für GBH-Mitglieder  
ab EUR 427,00

# Hotel Tauernblick ab Juli 2017 in neuem Glanz



NEU  
ab Juli 2017:  
Seminarraum mit  
modernster Technik,  
Klimaanlage und  
Panoramablick auf  
die Planai!

- Vergrößerung und Neuadaptierung des Seminarraums mit Flachdach, Panoramafenster und Balkon
- modernste Technik und Klimaanlage
- Barrierefreiheit im gesamten Haus

**Dauer der Umbauarbeiten:**  
10. April bis Ende Juni 2017

In dieser Zeit bleibt das Hotel geschlossen - wir bitten um Verständnis.

Ab Juli 2017 genießt ihr eure Seminare, Tagungen oder Teambuildings in modernster Umgebung mit perfekter Verpflegung sowie kostenlosen Outdooraktivitäten mit der Sommercard von Mai bis Oktober.



Bei Fragen rund um den Umbau informieren wir Dich gerne!

[www.hotel-tauernblick.at](http://www.hotel-tauernblick.at)



Hotel Tauernblick, Höchstraße 309  
8070 Schlading, Austria  
Tel +43(0)3697 27004  
E-Mail [info@hotel-tauernblick.at](mailto:info@hotel-tauernblick.at)



# Sabine Oberhauser ist viel zu früh von uns gegangen

**Sabine Oberhauser.** Die Gewerkschaft Bau-Holz wird sie nie vergessen.

**Mit Sabine Oberhauser verlieren wir nicht nur eine großartige und tapfere Frau, sondern auch eine engagierte Gewerkschafterin und Sozialdemokratin, die sich stets für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat. Ihr Humor und ihre menschliche Wärme waren eine Inspiration. Beeindruckend war auch ihre Geradlinigkeit, geprägt von einem großen Gestaltungswillen.**

Mit der Krebserkrankung in die Öffentlichkeit zu gehen, hat vielen Menschen, die von einem ähnlichen Schicksal betroffen sind, Mut und Zuversicht gegeben. Auch unter schwierigsten Bedingungen hat sie ihre Verpflichtungen als Ministerin wahrgenommen und wesentliche Verbesserungen des Gesundheitssystems umgesetzt.

Genau so werden wir sie in Erinnerung behalten – als Vorbild für alle engagierten GewerkschafterInnen und PolitikerInnen, vor allem aber als offene und lebenslustige Frau und großartige Persönlichkeit.



## Arbeitsinspektorat schützt ArbeitnehmerInnen und dient als Regulator für fairen Wettbewerb

**Parlament.** Muchitsch verwehrt sich gegen „unseriöse Angriffe“ auf den ArbeitnehmerInnenschutz

Als „nicht sachdienlich“ weist NR Josef Muchitsch die pauschale Herabwürdigung des Arbeitsinspektorats zurück: „Das Arbeitsinspektorat dient dem Schutz von Leben und Gesundheit der Beschäftigten auf ihren Arbeitsplätzen. In der Bauwirtschaft, wo körperlich schwer und mit schwerem Gerät gearbeitet wird, ist die Kontrolle der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz notwendig.“

### Regulator für fairen Wettbewerb

Darüber hinaus ist das Inspektorat ein wichtiger Regulator für den fairen Wettbewerb. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen durch schlechte und gefährliche Arbeitsbedingungen einen Wettbewerbsvorteil zu Lasten ihrer Beschäftigten „erschleichen“.

„Man kann über die Sinnhaftigkeit gegebener Vorschriften diskutieren, keine Frage. Darüber, ob Vorgaben gestrichen oder adaptiert gehören. Wer jedoch das Inspektorat demontieren will, gefährdet Gesundheit und Leben“, macht Muchitsch deutlich.

### Aufgaben des Arbeitsinspektorats

Neben jährlich 70.000 Betriebskontrollen führt das Inspektorat 30.000 Beratungsgespräche. „Unter diese Gespräche fallen auch 11.000 Gespräche bei betrieblichen Neuer oder Umbauprojekten, um Probleme so früh wie möglich zu verhindern. Es profitieren also auch Unternehmen von den Leistungen des Inspektorats“, zeigt Muchitsch auf.

Darüber hinaus hat Sozialminister Alois Stöger für das erste Halbjahr 2017 eine Evaluierung und Überarbeitung des Arbeitnehmerschutzgesetzes auf der Agenda.

**Unseriöse Angriffe auf den ArbeitnehmerInnenschutz sind zu unterlassen, denn das ist unfair gegenüber allen arbeitenden Menschen in Österreich, die ein Recht auf sichere Arbeitsbedingungen haben.**

Seit 1. März gibt es eine Ombudsstelle im Arbeitsinspektorat. Sowohl Unternehmen als auch ArbeitnehmerInnen können sich mit Fragen und Anliegen an den neuen Ombudsmann wenden, wenn sie auf potentielle Gefahren am Arbeitsplatz hinweisen oder sich informieren wollen.



# EU-Dienstleistungskarte: Legaler Freibrief für Dumpingfirmen auf Baustellen

**International.** Die Pläne der Europäischen Union zu einer EU-Dienstleistungskarte stoßen bei den europäischen Gewerkschaften auf Entsetzen. Mit ihr würden die verschärften Anti-Sozialbetrugsbestimmungen, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden, „zahnlos“.

Abg.z.NR Josef Muchitsch, Chef der österreichischen Baugewerkschaft und Vorsitzender der europäischen Gewerkschaften in der Bau-Holz-Internationale (BHI), warnt: „Sollte die EU-Dienstleistungskarte für Selbständige so kommen, werden es ausländische ‘schwarze Schafe’ in Zukunft noch leichter haben, österreichische Unternehmen vom Markt zu verdrängen.“

## Falsche Einschätzung der EU-Kommission

Die EU-Kommission begründet die Vorschläge für eine EU-Dienstleistungskarte damit, dass grenzüberschreitende Investitionen bzw. Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich – vor allem im Baubereich – niedrig seien. Fakt ist, dass Unternehmen bei der Ausstellung der Dienstleistungskarte nur mit den Behörden in den Herkunftsmittelländern zu tun haben werden. Österreichischen Behörden sind damit die Hände gebunden. Muchitsch: „Wozu brauchen wir dann noch eine Gewerberechtsnovelle in Österreich, welche auf Befähigung, Qualität und Ausbildung setzt?“

## GBH aktiv für deine Rechte in Brüssel

Im Juni reisen die Bau-Sozialpartner erneut gemeinsam nach Brüssel, um in persönlichen Gesprächen vor Ort die Themen Dienstleistungskarte, SUP-Richtlinien und Entsende-Richtlinie mit wichtigen „Playern“ zu diskutieren. Dabei werden die Auswirkungen auf die österreichische Bauwirtschaft und den Arbeitsmarkt aufgezeigt.

## EU plant weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes

In Wahrheit, so Muchitsch, werden damit die sozialen Standards und wirksame Kontrollmöglichkeiten untergraben: „In diesem Entwurf geht es der EU nicht um einen fairen Wettbewerb, sondern um die weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes. Die hohen österreichischen Qualitätsstandards von der Auftragsausführung bis zur Lehrausbildung werden ausgehöhlt und damit zu Grabe getragen. Mit so einer Politik dürfen sich die Verantwortlichen in der EU nicht wundern, wenn Rechtspopulisten auf dem Vormarsch sind.“

## Bekennnis zu fairem Wettbewerb

Die europäischen Bau-Sozialpartner haben der Kommission ihre Sorgen bereits mitgeteilt. Leider ist die Kommission auf dem sozialen Auge blind. Muchitsch abschließend: „Ich warne Wirtschaftsminister Mitterlehner eindringlich: Hände weg von einer EU-Dienstleistungskarte, die die österreichische Wirtschaft massiv belastet! Die Bau-Sozialpartner bekennen sich zu einem fairen Wettbewerb. Die europäische Dienstleistungskarte ist jedoch nichts weiter als ein legaler Freibrief zu einem weiteren sozialbetrügerischen Dumpingpreiskampf auf den Baustellen.“

## Leichtfried neuer Präsident der Europäischen Bewegung Österreich

Muchitsch einer der Vizepräsidenten



[www.eb-austria.eu](http://www.eb-austria.eu)

Die Europäische Bewegung Österreich (EBÖ), seit 1958 das Netzwerk der pro-europäischen Kräfte in Österreich, wird neu aufgestellt: In der Mitgliederversammlung wurde Infrastrukturminister Jörg Leichtfried einstimmig zum Präsidenten gewählt. Leichtfrieds Vize-PräsidentInnen sind u.a. Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl und Bau-Gewerkschaftschef Josef Muchitsch. Vorrangige Ziele der Plattform sind eine verstärkte Europakommunikation und die Vernetzung der pro-europäischen Kräfte in Österreich.

Die großen Probleme angehen und lösen, um das Vertrauen der Menschen in die EU wiederzugewinnen, das ist der Grund, warum in Österreich Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der EBÖ zusammenarbeiten. Muchitsch: „Europa braucht faire Spielregeln: gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen und ArbeitnehmerInnen, zwischen den verschiedenen EU-Staaten sowie ein klares Bekenntnis zu einer echten Sozialunion.“

## Die GBH in der Europäischen Bewegung Österreich

Die GBH wurde als einer von vier „Playern“ in die EBÖ aufgenommen.

Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass GBH-BV Josef Muchitsch auch oberster europäischer Baugewerkschafter in der Bau-Holz-Internationale (BHI) ist. In die EBÖ wollen wir die gewerkschaftliche Sichtweise einbringen und die Probleme sensibilisieren, die sich für die Bau-, Holz- und SteinarbeiterInnen aus EU-Plänen wie der Dienstleistungskarte oder aus dem Blockieren der Bestimmungen der Entsende-richtlinie durch osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten ergeben.



## Die GBH demonstriert gegen Lohn- und Sozialdumping in Brüssel

**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Traurig, das in Europa noch immer fordern zu müssen.**

Mit einer Demonstration gegen Lohn- und Sozialdumping in Brüssel forderten die europäischen Gewerkschaften Maßnahmen für eine Sozialunion als Fundament für die vier Grundfreiheiten der EU. Ohne soziales Fundament sei diese EU zum Scheitern verurteilt.

**EU erlaubt unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit am gleichen Ort**

Die EU lässt es zu, dass Arbeitnehmer für die gleiche Arbeit am gleichen Ort unterschiedlich entlohnt und damit ausgebeutet werden.

Wenn die EU nicht für einen fairen Wettbewerb – auch zwischen den Arbeitnehmern – sorgt, wird Europa vermehrt zu einem Pulverfass.



Othmar Danninger, stv. Bundesvorsitzender der GBH, appelliert deshalb in Brüssel: „Es ist wichtig, dass wir als Gewerkschaften aus ganz Europa unseren Politikern in Brüssel, in der europäischen Kommission und im Europaparlament die Augen öffnen. Ich glaube nach wie vor an ein funktionierendes Europa, wenn die Politik bereit ist, Maßnahmen für ein soziales Europa und einen fairen Wettbewerb umzusetzen.“



## Europäisches Bausozialpartner-Treffen

*In Amsterdam traf eine Delegation der EFBH (Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter) mit Vertretern der europäischen Arbeitgeberorganisation FIEC zusammen. Ziel ist ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit der europäischen Bau-Sozialpartner auf EU-Ebene.*

# Bausozialpartner: 20

**SOKO Bau, Lehrlingspaket, Bestbieterprinzip, Wohnbauoffensive und Maßnahmen für einen fairen Wettbewerb – auch 2016 konnten die Bausozialpartner wieder viel bewegen.**

Die Bausozialpartnerschaft hat sich auch 2016 bewährt. Bundesinnungsmeister Hans-Werner Frömmel und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz Abg. z. NR Josef Muchitsch blickten auf die wichtigsten gemeinsamen Errungenschaften zurück. Doch es gibt kein Zurücklehnen. Die Bausozialpartner arbeiten bereits an weiteren gemeinsamen Vorhaben. Immerhin ist für 2017 laut WIFO mit einem Wachstum der Bauwirtschaft von 1,4 Prozent zu rechnen. Mehr Wirtschaftswachstum braucht auch mehr Fairness am Arbeitsmarkt, lautet die Devise.

## SOKO BAU beschlossen

Ende 2016 wurde eine sukzessive Aufstockung der Baustellenkontrollorgane der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) beschlossen. Die dafür anfallenden Mehrkosten trägt zur Gänze der Bund. Diese Maßnahme dient der **Bekämpfung von Sozialbetrug**, vor allem durch Entsendebetriebe, weil dort erfahrungsgemäß Lohn- und Sozialdumping deutlich häufiger vorkommt. Der Personalstand der Sozialbetrugsbekämpfungsgruppe der BUAK wird bis Ende 2018 verdoppelt.

## Lehrlingspaket

Schon im Zuge der KV-Verhandlungen 2015 haben sich die Bausozialpartner grundsätzlich darauf verständigt, **Lehrlinge in den Geltungsbereich des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes (BSchEG) aufzunehmen**. Das war aus folgendem Grund notwendig: Bisher bestand das Problem darin, dass der Lehrling laut Gesetz auch bei Schlechtwetter ausgebildet werden musste. In der Praxis ist dies aber so gut wie nicht machbar. „Mit der neuen Regelung kann auch der Lehrling bei Schlecht-



wetter nach Hause gehen und erhält die Schlechtwetterentschädigung in Höhe von 60 Prozent, die der Betrieb wiederum von der BUAK refundiert bekommt“, erklären Frömmel und Muchitsch einen wesentlichen Vorteil des Lehrlingspakets. Mit den anderen dieser Regelung unterliegenden Gewerben wurde 2016 eine entsprechende Einigung erzielt. „Somit konnte das Lehrlingspaket für alle Lehrberufe im Bau- und in den Baunebengewerben mit 1.1.2017 in Kraft treten“, so Muchitsch.

## Schlechtwetterentschädigung

In diesem Zusammenhang ist noch eine weitere erfreuliche Einigung zu sehen: Das Parlament hat noch vor der Weihnachtspause beschlossen, den **Bundeszuschuss zum Schlechtwetterfonds von drei auf fünf Millionen Euro pro Jahr auszuweiten**. Es kam in den letzten Jahren zu einem deutlichen Anstieg der Schlechtwetterstunden. Dieser Tatsache und den jährlichen Zuschüssen zur Schlechtwetterentschädigung nun Rechnung getragen. „Dadurch ist eine im Raum stehende Anhebung des Schlechtwetterbeitrags und damit der Lohnnebenkosten vom Tisch“, so Frömmel.

## Erweiterte Auftraggeberhaftung

Mit 1. Jänner 2017 trat die erweiterte Auftraggeberhaftung im neuen Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz (LSD-BG) in Kraft. Diese neue Form der Haftung kommt bei der Beauftragung von Entsendebetrieben zum Tragen und gilt ausschließlich für den Baubereich. **Das bedeutet, dass auch der Auftraggeber dafür haftet, dass das nach österreichischen Vorschriften festgesetzte Mindestentgelt und die Abgaben für grenzüberschreitend entsandte Arbeitnehmer bezahlt werden.** Die Haftung kann auch private Bauherren treffen, für sie muss allerdings offensichtlich sein, dass die vereinbarte Leistung nur durch Unterentlohnung erbracht werden kann.

Des Weiteren wird durch das neue Gesetz die **Vollstreckung von Strafbescheiden im Ausland erleichtert**. Das ist ein elementar wichtiger Schritt, denn die mangelnde Vollziehung von in Österreich verhängten Strafen im Ausland war bisher ein großer Schwachpunkt des (alten) Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes. Mit dem neuen Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz setzt Österreich eine EU-Richtlinie um.

# 16 gemeinsam erreicht

## Überbrückungsabteilung

Arbeitnehmer, die in den letzten **18 Monaten vor Inanspruchnahme der ASVG-Pension das Überbrückungsgeld** nicht in Anspruch nehmen, sondern in einem BUAG-Betrieb in Beschäftigung bleiben, können seit 2017 eine Überbrückungsabteilung beantragen. Diese Überbrückungsabteilung beträgt bei einer Beschäftigung über den gesamten Zeitraum von 18 Monaten 35 Prozent des Betrages, der als Überbrückungsgeld gebührt hätte. Ein Arbeitgeber, der einen Arbeitnehmer beschäftigt, welcher Anspruch auf Überbrückungsgeld hätte, erhält ebenfalls eine Überbrückungsabteilung (zur Unterstützung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer), und zwar 20 Prozent des Überbrückungsgeldes.

„Das Überbrückungsgeld wurde 2013 beschlossen und ist ein sozialpolitischer Meilenstein. Viele Bauarbeiter sind gesundheitlich nicht in der Lage, bis zum Erreichen der Schwerarbeits- bzw. Alterspension im Job durchzuhalten und scheiden vor dem 60. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben aus“, erklärt Muchitsch. Das Überbrückungsgeld ermöglicht es Bauarbeitern, länger in einem Beschäftigungsverhältnis zu bleiben.

## Wohnbau

Im September wurde die Wohnbauinvestitionsbank (WBIB) formell gegründet. Damit nahm die Wohnbauoffensive der Bundesregierung auch die letzte Hürde und kann nun operativ starten. Konzipiert

wurde dieses Instrument für günstige Refinanzierungen von der Sozialpartner-Initiative „UMWELT+BAUEN“. Durch diese zusätzliche Form der Wohnbaufinanzierung sollen **30.000 neue Wohnungen errichtet und 20.000 Arbeitsplätze geschaffen werden**. Die WBIB soll dies durch eine günstige Refinanzierung über die Europäische Investitionsbank (EIB) erreichen. Durch Hebelwirkungen sollen zusätzliche Investitionen von bis zu 5,75 Mrd. Euro über fünf bis sieben Jahre ausgelöst werden. Davon fallen rund fünf Milliarden Euro in den Wohnbau und rund 750 Millionen Euro in siedlungsbezogene Wohninfrastruktur.

## Bestbieter bei öffentlichen Bau-Aufträgen

Mit der am 1. 3. 2016 in Kraft getretenen Novelle zum Bundesvergabegesetz müssen öffentliche Ausschreibungen von Bauaufträgen über 1 Mio. Euro neben dem Preis zumindest ein weiteres Zuschlagskriterium beinhalten. Dank der Novelle ist es möglich, **Scheinfirmen einen Riegel vorzuschieben, Transparenz bei der Subvergabe zu schaffen, eine höhere Qualität der Bauprojekte zu gewährleisten und Abgabenverluste durch Lohn- und Sozialdumping zu verhindern**. Um die Auftraggeber bei der Frage, welche Zuschlagskriterien sie festlegen sollen, zu unterstützen, haben die Bau-sozialpartner einen Katalog mit Bestbieterkriterien erarbeitet. Der Katalog enthält konkrete, schon in der Praxis angewandte Zuschlagskriterien. Zudem macht er Vorschläge, wie die Punktegewichtung der einzelnen Zuschlagskriterien aussehen könnte.

Der Katalog beinhaltet auch Erläuterungen und Ausschreibungsbeispiele, aus denen sich die Auftraggeber bedienen können.

## Bonus/Malus Neu

Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die **Beschäftigung Älterer zu steigern** und daher im Herbst 2015 ein neues Bonus-Malus-Modell für Betriebe beschlossen. Ob dieses Modell wirksam wird, hängt vom Erreichen der Beschäftigungsziele für über 55jährige bis Juni 2017 ab. Am 30. Juni 2017 wird einmalig evaluiert: Werden die Beschäftigungsziele erreicht, tritt das neue Bonus-Malus-System nicht in Kraft. Werden die Ziele nicht erreicht, tritt das neue Bonus-Malus-System in Kraft. Für letzteren Fall haben die **Bausozialpartner jedoch vorgesorgt**: Durch die Einführung des Überbrückungsgelds für Bauarbeiter (2013) im Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz gab es schon bislang hinsichtlich der Auflösungsabgabe eine Sonderregelung für den Bau: die Auflösungsabgabe wird von der BUAK direkt abgeführt. Dem einzelnen Betrieb entstehen dadurch keine Mehrkosten. Diese Sonderlösung wurde 2016 sohin gesetzlich verbindlich gemacht, dass sie auch für das neue Bonus-Malus-System gilt. „Dadurch kann die Bauwirtschaft dem 30. Juni gelassen entgegenblicken“, so Muchitsch und Frömmel.





# Zusätzliche Leistungen nur für GBH-Mitglieder

**Leistungen der GBH.** Ohne GBH gibt es keine jährlichen Lohnerhöhungen, kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine Initiativen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (Bestbieterprinzip, Wohnbauoffensive, Sanierungsscheck usw.) ...

**Doch die GBH bietet noch Vieles mehr für GBH-Mitglieder:** Rechtsschutz, Arbeitslosenversicherung, Versicherungsschutz ...

## Ein kleiner Überblick

### • Rechtsschutz

Für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis wird durch die Gewerkschaft kostenlos ein Rechtsanwalt beigelegt (ab 6 bezahlten Vollmitgliedsbeiträgen).

### • Arbeitslosenunterstützung

Nach Höhe der geleisteten Vollbeiträge und Dauer der Mitgliedschaft für 3 bis 5 Monate; erstmaliger Anspruch mit 24 Vollbeiträgen, neuerlicher Anspruch nach 12 Vollbeiträgen.

### • Bildungseinrichtung

Finanzielle Unterstützung für einen Kurs zur beruflichen Aus- und Weiterbildung, zum Sozial- oder Arbeitsrecht oder zur politischen Bildung, für 50 % der Kurskosten (max. 220 Euro); kann ab Leistung von 12 Vollbeiträgen alle fünf Jahre beantragt werden.

### • Katastrophenfonds

Finanzielle Unterstützung bei großen Sachschäden durch Brand, Hochwasser usw. an Hauptwohnsitzgebäuden, wenn die Schadenssumme mindestens 700 Euro beträgt; das Ansuchen muss binnen 6 Monaten gestellt werden.

### • Streikunterstützung

ab 3 geleisteten Vollbeiträgen.

### • Invaliditätsversicherung bei Freizeitunfällen

Im Falle einer dauernden Invalidität eines nicht im Ruhestand befindlichen Mitgliedes gebührt bei Vollinvalidität (bei Teilinvalidität anteilige Summe) je nach Mitgliedschaftsdauer\* von:

ab 3-10 Jahren	3.200 Euro
ab 10-25 Jahren	4.800 Euro
ab 25 Jahren	6.400 Euro

### • Spittaltagegeld

Im Falle eines unfallbedingten Spitalsaufenthaltes (gilt bei Freizeit- und Arbeitsunfällen) gebührt ab 3 Jahren Mitgliedschaft\* bei einer Mindestaufenthaltsdauer von 4 Tagen ab dem ersten Tag ein Spittaltagegeld in der Höhe von 4 Euro täglich für maximal 77 Tage.

### • Todesfallversicherung bei Freizeitunfällen

Sollte ein nicht im Ruhestand befindliches Mitglied bei einem Freizeitunfall ums Leben kommen, leistet die Versicherung eine Unterstützung an die Hinterbliebenen je nach Mitgliedschaftsdauer\* in der Höhe von:

ab 3-10 Jahren	800 Euro
ab 10-25 Jahren	1.000 Euro
ab 25 Jahren	1.200 Euro

### • ÖGB-Berufsschutzversicherung

Für alle aktiven Mitglieder der GBH mit mindestens 6 Vollbeiträgen. Die Versicherungssummen decken aus der Haftpflichtversicherung Personen- und/oder Sachschäden bis zu einer Höhe von 75.000 Euro und aus der Rechtsschutzversicherung Vertretungskosten bis 15.000 Euro. Ausgeschlossen sind Schäden, die dem Arbeitgeber zugefügt wurden.

### Das könnte auch dir passieren ...

*Ein Arbeitnehmer sieht sich nach einem Arbeitsunfall mit Schadenersatzforderungen eines verletzten Kollegen konfrontiert. Das GBH-Mitglied erhielt dafür eine rechtliche Vertretung beigelegt. Das Gericht sprach dem Verletzten 30.000 Euro Schmerzensgeld zu. Diese Summe wurde aus der Berufshaftpflichtversicherung bezahlt. Wäre der Arbeiter kein GBH-Mitglied gewesen, hätte er diesen Betrag privat bezahlen müssen.*

### • Weitere Ermäßigungen

Die GBH-Tankkarte, günstige Urlaube, vergünstigte Konzertbesuche und viele weitere Angebote findest du im Web unter: [www.bau-holz.at/mitgliedschaft](http://www.bau-holz.at/mitgliedschaft)

**Nähere Informationen zu allen Leistungen erhältst du auch in deiner GBH-Landesorganisation (Kontakt: [www.bau-holz.at](http://www.bau-holz.at))!**

\* Für Lehrlinge bei aktiver Mitgliedschaft gelten die Leistungen sofort.

## GBH-MITGLIED ZU SEIN ZAHLT SICH WIRKLICH AUS!

**Je mehr Mitglieder wir haben, umso besser können wir mit den Arbeitgebern verhandeln!** Denn freiwillig oder per Gesetz bekommt niemand mehr Lohn, **deine Lohnerhöhung wird jährlich von der GBH verhandelt.**

# Bausozialpartner: Ausblick 2017

**Vorhaben 2017.** Wir arbeiten Seite an Seite an weiteren Vorschlägen für einen faireren Wettbewerb. Damit stärken wir die Konjunkturlokomotive Bau im Interesse der Gesamtwirtschaft in Österreich und schützen regionale Betriebe mit ihrem Eigenpersonal. Konkret wollen die Bausozialpartner 2017 folgende Schwerpunkte setzen:

## Kollektivvertragsverhandlungen

Seit März stehen KV-Verhandlungen auf dem Programm. Diese sollen wie in den letzten Jahren von beiderseitigem Verständnis geprägt sein und eine für beide Seiten **vertretbare Einigung** erzielen.

## Jahresbeschäftigung

Als „heißes Eisen“ kann das Thema Jahresarbeitszeit am Bau bezeichnet werden. Obwohl es dazu bereits bestehende Regelungen im Kollektivvertrag gibt, werden hier die Gespräche seitens der Bausozialpartner neu aufgenommen. Ziel ist ein neues, leicht administrierbares Modell, welches den **branchenüblichen Gegebenheiten** noch mehr entspricht und gleichzeitig die gesundheitlichen Auswirkungen auf Schwerarbeiter berücksichtigt.

## Arbeitscard BAU

Ein großes und ambitioniertes Vorhaben ist die Schaffung einer Arbeitscard BAU, die es erlaubt, Daten **bei Kontrollen auf der Baustelle** abzurufen. Hier gilt es noch eine Reihe von Fragen zu klären. Offen ist auch noch, welche Daten konkret auf der Card enthalten sein sollen. GBH-BV Muchitsch dazu: „Uns schwebt eine Art ‚Führerschein am Bau‘ vor – eine Zutrittsberechtigung für

alle legalen Beschäftigten auf Baustellen. Dadurch wäre der Papierkrieg mit Lohnunterlagen und Meldeformularen Geschichte und der steigende Verwaltungsaufwand auf der Baustelle abgeschafft.“

## Bundesvergabeneuvelle 2017

Die Schaffung einer **Baustellendatenbank**, wo öffentliche Auftraggeber ab einer noch zu bestimmenden Auftragssumme verpflichtet werden, Daten zu ihren Baustellen einzupflegen. Für die Kontrollorgane werden somit Daten zu Baustellen „auf Knopfdruck“ abrufbar.

## Teilzeit am Bau keine Chance geben

Mittlerweile gibt es mehr als 9.000 Teilzeitbeschäftigte in der Bauwirtschaft – Tendenz seit der Arbeitnehmerfreizügigkeit 2011 steigend. Scheinbare Teilzeit am Bau wird oft als Instrument für einen unfairen Wettbewerb genützt und es müssen **Maßnahmen dagegen** erarbeitet werden.

## Altersteilzeit am Bau

Hier finden bereits Gespräche zwischen den Bausozialpartnern statt, um der Politik ein Sondermodell „**Altersteilzeit am Bau**“ vorzuschlagen. Ziel ist es, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der es den

Arbeitgebern und Bauarbeitern ermöglicht wird, eine praktikable Altersteilzeitvariante anzubieten.

## WIFO-Prognose 2017

Die Daten des aktuellen Euroconstruct-Berichts (Dezember 2016,) zeichnen folgendes Bild: Die **Konjunktur nahm 2016 in Österreich erstmals nach vielen Jahren wieder Fahrt** auf. Nachdem das Wirtschaftswachstum seit 2012 bei weniger als 1 Prozent gelegen ist, betrug das Wachstum 2016 immerhin 1,7 Prozent. Das WIFO prognostiziert für 2017 ein Wachstum von 1,5 Prozent. Die Bauwirtschaft kann mit diesen Wachstumsraten mithalten: das Wachstum betrug 2016 plus 1,6 Prozent. Der Wohnungsneubau – lange Zeit Schwachstelle und den Bedarfsprognosen hinterher hinkend – konnte heuer deutlich zulegen (+ 1,5 Prozent). Mit einem Plus von 2 Prozent konnte der Nicht-Wohnbau am stärksten zulegen.

Für 2017 ist laut WIFO mit einem Wachstum der Bauwirtschaft von 1,4 Prozent zu rechnen. Frömmel und Muchitsch unisono: „Wenn es um einen fairen Wettbewerb unter Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie um Imageaufwertung unserer Branchen geht, wollen wir 2017 wieder zeigen, was unsere Sozialpartnerschaft drauf hat.“

**Je mehr Mitglieder wir haben,  
desto stärker können wir uns  
für dich einsetzen!**

[www.bau-holz.at](http://www.bau-holz.at)

**... deine  
Gewerkschaft  
Bau-Holz!**

# Sozialpartner sind Ideen



Auch die **Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk, Renate Scheichelbauer-Schuster** sieht die „Lösungskompetenz“ der Sozialpartner im Vordergrund.

Für **AK-Präsident Rudolf Kaske** sind die Sozialpartner Ideenspender für die Bundesregierung und diese sei gut beraten, die Ideen nicht nur zu hören, sondern auch aufzunehmen und umzusetzen.



Für **WKO-Präsident Christoph Leitl** sind die Bausozialpartner „Best Practice“ der Sozialpartnerschaft



**ÖGB-Präsident Erich Foglar** betont in seiner Keynote, dass gerade auch auf europäischer Ebene Themen wie die soziale Marktwirtschaft und fairer Wettbewerb eine wichtige Rolle spielen müssen.





# geber für Bundesregierung

**Neujahrstreffen.** Sozialpartnerschaft ist auch in Zukunft wichtig, waren sich die Podiumsteilnehmer WKO-Präsident Christoph Leitl, AK-Präsident Rudolf Kaske, die Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk Renate Scheichelbauer-Schuster und GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch anlässlich des 7. GBH-Neujahrstreffen in Wien einig.



Podiumsdiskussion „... hat Sozialpartnerschaft Zukunft“ mit der Obfrau der Bundessparte Gewerbe und Handwerk, Renate Scheichelbauer-Schuster, AK-Präsident Rudolf Kaske, Presse-Chefredakteur Rainer Novak (Diskussionsleiter), WKO-Präsident Christoph Leitl und GBH-Bundesvorsitzendem Abg. z. NR Josef Muchitsch.

„Wir sind die Praktiker, die wissen, wie es den ArbeitnehmerInnen in den Betrieben geht“, sagt GBH-Bundesvorsitzender Josef Muchitsch beim Neujahrsempfang der Gewerkschaft Bau-Holz unter dem Motto „... hat Sozialpartnerschaft Zukunft?“ in Wien vor 160 geladenen Gästen.

## Hochkarätiges Podium

In einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion, geleitet von „Presse“-Chefredakteur Rainer Novak, wurde nicht zuletzt auch die europäische Dimension der Sozialpartnerschaft beleuchtet. Hier sei es notwendig, noch stärker darzustellen, was die Sozialpartner in die europäische Agenda einbringen und welchen Beitrag sie leisten. Österreich übernehme 2018 den Vorsitz innerhalb der Europäischen Union und deshalb gelte es das Thema des sozialen Dialogs auf EU-Ebene zu verstärken, betonte Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl.

## Keynote ÖGB-Präsident Erich Foglar

Auch ÖGB-Präsident Erich Foglar hatte in seiner Keynote darauf hingewiesen und betont, dass gerade auch auf europäischer Ebene Themen wie die soziale Marktwirtschaft und fairer Wettbewerb eine wichtige Rolle spielen sollten. „Für viele Länder und Unternehmen in Europa ist Lohn- und Sozialdumping ein Geschäftsmodell“, betonte er den Ernst der Lage.

## Sozialpartner als Ideegeber

Sowohl AK-Präsident Rudolf Kaske als auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Holz, Josef Muchitsch, hoben die Rolle der Sozialpartner als Ideenspender hervor. Die Sozialpartnerschaft funktioniere auf allen Ebenen gut, wie gerade auch der Baubereich zeige, den Leitl als „Best-Practice-Modell der Sozialpartnerschaft“ bezeichnete. Auch die Obfrau der Bundessparte Gewerbe und

Handwerk, Renate Scheichelbauer-Schuster lobt die Lösungskompetenz der Sozialpartner: „Wir brauchen die Sozialpartner jetzt und in Zukunft.“

## Kein gesetzlicher Mindestlohn

Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn ab. „Die Gewerkschaften sind stark genug“, gab sich Kaske überzeugt, auch ohne Bundesregierung den Brutto-Mindestlohn in allen Branchen auf 1.500 Euro monatlich zu heben.

## Plan S – die Sozialpartnerschaft

„Ich bin für den Plan S – die Sozialpartnerschaft. Ich wünsche mir, dass die Lösungsansätze, die von den Sozialpartnern kommen, von der Bundesregierung mehr Aufmerksamkeit erhalten“, betont GBH-Chef Josef Muchitsch in seinem Statement.

# Keine Extrawurst für deutsche Firma



*Weihnachtsgeld? Urlaubsgeld? „Wir sind kein österreichisches Unternehmen, das gilt für uns nicht“, meinte sinngemäß ein deutsches Reisebüro mit einer Filiale am Schwechater Flughafen.*

Ein Werkstudent ließ sich das nicht gefallen und suchte Hilfe bei der AK NÖ. Die erkämpfte eine Nachzahlung von 2.400 Euro. Denn natürlich gilt in Österreich österreichisches Recht – mit Urlaubs- und Weihnachtsgeld, das die Gewerkschaften in den Kollektivverträgen verhandeln.

## Gleichenfeier im parlamentarischen Ausweichquartier: Doris Bures bedankt sich bei Bauarbeitern

*In den vergangenen Monaten wurde auf der Baustelle für das temporäre Ausweichquartier des Parlaments auf dem Heldenplatz hart gearbeitet. Nun wurde die Dachgleiche erreicht.*



Ganz wie es der Tradition am Bau entspricht, wurden die Bauarbeiter deshalb zu einem Fest auf die Baustelle geladen.

Eröffnet wurde die Gleichenfeier von Nationalratspräsidentin Doris Bures, die sich bei allen am Projekt beteiligten Bauarbeitern und MitarbeiterInnen herzlich bedankte

und betonte, dass die Sanierung und Übersiedelung des Parlamentsgebäudes „keine Baustelle wie jede andere“, sondern ein „Jahrhundertprojekt“ ist.

Besonders erfreut zeigte sich Nationalratspräsidentin Bures darüber, dass der Baustellenbetrieb bisher unfallfrei verlaufen ist und

dass die temporären Pavillons – ganz im Sinne der Nachhaltigkeit – wiederverwendbar sind.

Am Ende des offiziellen Teils der Gleichenfeier sagte schließlich – wie es der Brauch am Bau verlangt – der jüngste Arbeiter auf der Baustelle seinen Gleichenspruch auf.



# Infrastrukturministerium investiert bis 2022 über **30,6 Milliarden Euro in Bahn, Straße, Breitband und Forschung!**

Mit 16,4 Milliarden Euro wird mehr als die Hälfte davon für eine moderne Bahninfrastruktur aufgewendet. 7,8 Milliarden Euro entfallen auf den Ausbau des höherrangigen Straßennetzes.

## Grenz- und Geldwerte **Krankenversicherung 2017**

Die wichtigsten Neuerungen: Der **Selbstbehalt** von bis zu rund 20 Euro pro Tag bei Spitalsaufenthalten wird 2017 für unter 18-Jährige abgeschafft. Für **Geburten** ab 1. März 2017 gilt das neue Kinderbetreuungsgeld-Konto.

- **Geringfügigkeitsgrenze**  
EUR 425,70/monatlich
- **Höchstbeitragsgrundlage**  
EUR 4.980,-/monatlich
- **Höchstbeitragsgrundlage für Sonderzahlungen**,  
z. B.: Urlaubs- und Weihnachtsgeld  
EUR 9.960,-/jährlich
- **Rezeptgebühr** EUR 5,85
- **Ausgleichszulagen (relevant für die Rezeptgebührenbefreiung)**  
**Richtsatz für Alleinstehende**  
EUR 889,84  
**Richtsatz für Ehepaare**  
EUR 1.334,17



## Neuerungen 2017 im Sozialministerium

### Qualifizierungsoffensive

Bereits mit 1.1.2017 startete die Qualifizierungsoffensive. Durch die Umsetzung der Ausbildungsgarantie bis zum Alter von 25 Jahren, die Wiedereinführung des Fachkräftestipendiums sowie zusätzliche Plätze in der arbeitsplatznahen Qualifizierung werden insgesamt rund 30.000 Ausbildungsplätze in Österreich geschaffen.

### Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping

Das Sozialministerium wird 2017 die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping verstärken. Ermöglicht wird das durch das

neue Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz.

### Ausgleichszulagenrichtsatz

Der Ausgleichszulagenrichtsatz für Personen mit langjähriger Erwerbstätigkeit wird erhöht. Alle, die mindestens 30 Jahre lang in die Pensionsversicherung eingezahlt haben, bekommen zukünftig mindestens 1.000 Euro Pension. Für Personen, die über das vorgeschriebene Pensionsalter hinaus arbeiten, wird der Pensionsversicherungsbeitrag reduziert. In der so genannten Bonusphase (bei Frauen zwischen 60 und 63, bei Männern zwischen 65 und 68 Jahren) über-

nimmt die Pensionsversicherung 50 Prozent des Dienstnehmer- und des Dienstgeberanteils. Die Gutschrift am Pensionskonto erfolgt dabei auf Basis der vollen Beitragsgrundlage.

### Berufliche Rehabilitation

Bei drohender Invalidität oder Berufsunfähigkeit haben ArbeitnehmerInnen einen Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitation. Ab 1. Juli 2017 besteht die Möglichkeit, die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu vereinbaren, um den beruflichen Wiedereinstieg nach langer Krankheit zu erleichtern.

# GBH-Jugend: Fahrtkosten im Fokus



**wir**  
verhandeln  
**deinen**  
**Lohn**

# KV-Verhandlungen 2017: Forderungen der Jugend

**GBH-Jugend.** In drei der vier KV-Verhandlungen wurden rahmenrechtlich bereits alle Forderungen der GBH-Jugend durchgesetzt. Nun geht es um Verbesserungen im Bereich des Fahrtkostenersatzes.

## Die Kollektivvertragsverhandlungen 2017 sind voll im Laufen!

Die Kollektivvertragsverhandlungen 2017 starteten Ende März. In der **Bauindustrie** und dem **Baugewerbe, in der Holz- und Sägeindustrie** sowie bei der **Stein- und keramischen Industrie** werden die Internatskosten bereits von den Dienstgebern übernommen. Zusätzlich gebührt ein wöchentlicher Anspruch auf bezahlte Heimfahrt von der Berufsschule. Albert Scheiblauer, GBH-Jugend: „Hier liegt der Hund im Detail, denn der Anspruch auf Heimfahrt gebührt nur, wenn BerufsschülerInnen internatsmäßig untergebracht sind, d. h., im Berufsschulinternat übernachten. Diese Regelung ist problematisch, denn Tagespendler haben so keinen Anspruch auf eine wöchentliche, bezahlte Heimfahrt. Diese Ungleichbehandlung galt und gilt es im Zuge der KV-Verhandlungen auszugleichen.“

Zusätzlich schränkte der Kollektivvertrag der Bauindustrie und des Baugewerbes weiter ein. Er garantiert ebenfalls eine bezahlte wöchentliche Heimfahrt bei internatsmäßiger Unterbringung, allerdings gebührt nur eine Heimfahrt mit dem günstigsten öffentlichen Verkehrsmittel. Dies führt vor allem in Bundesländern mit Jugendtickets zu der Diskussion, dass Lehrlinge aus ländlichen Räumen mit schlechter Anbindung an das Öföfnetz oft weniger ersetzt bekommen, als sie für ihre Heimfahrt tatsächlich aufwenden müssen. Hier war und ist das zusätzliche Ziel der Gewerkschaft Bau-Holz Jugend – neben dem Streichen des Passus der internatsmäßigen Unterbringung – die Klarstellung, dass die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln auch zumutbar sein muss.

In der **Holzindustrie** konnte unsere Forderung bereits zur Gänze umgesetzt werden.

Am **Bau** haben nun auch Lehrlinge, die Wochenpendler sind und nicht im Internat untergebracht werden, Anspruch auf die wöchentliche Heimfahrt. Dies ist eine eindeutige Verbesserung!

## Sonderfall Kunststoffgewerbe

Das vierte zu verhandelnde Gewerbe stellt einen Sonderfall bei den Kollektivvertragsverhandlungen 2017 dar, da die internatsmäßige Unterbringung der Lehrlinge noch nicht zur Gänze von den Dienstgebern übernommen wird. Der Kollektivvertrag sieht nur vor, dass für die Zeit, die der Lehrling im Berufsschulinternat verbringt, ein Drittel der Lehrlingsentschädigung verbleiben muss. Hier ist das Ziel, diese Regelung zumindest spürbar zu verbessern. Das langfristige Ziel bleibt die komplette Übernahme der Internatskosten durch die Dienstgeber.

**exklusiv nur für GBH Mitglieder**  
 ... kostenloses **Gewerkschaft Bau-Holz**  
**Info-Service** beantragen!  
 Wir halten dich **über deine aktuelle Lohnverhandlung**  
 per SMS und/oder E-Mail auf dem Laufenden. Gib uns dazu  
 bitte deine **Mobil-Nummer und E-Mail-Adresse\*** bekannt!  
\* natürlich werden deine Daten streng vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben sondern nur für das GBH-INFO-Service verwendet!  
 Sende uns dazu bitte **deine Handynummer, E-Mail, Vor- und Nachnamen und Beruf**  
 mit Betreff: „GBH-Info-Service“ an **info-service@gbh.at** [www.bau-holz.at](http://www.bau-holz.at)



Spatenstichfest: Eine zerstörte Schule in Shankar wird wieder aufgebaut.

# Nepal: Spendengeld kommt an

**Solidarität.** Hunderte Kinder bekommen dank der Gewerkschaft Bau-Holz eine Schulausbildung

Noch immer liegen seit dem schweren Erdbeben in Nepal zahlreiche Häuser in Trümmern – auch Schulen, Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude. Die Menschen schaffen den Wiederaufbau alleine nicht – nicht zuletzt, weil viele Familienväter auf

den Fußball-WM-Baustellen in Katar als Wanderarbeiter schuften müssen. Die GBH unterstützt deshalb mit einer Spendenaktion ein Projekt der Niederösterreichischen Naturfreunde zum Wiederaufbau von Schulen und Kindergärten.

## Danke für eure Unterstützung

Mit unseren Spenden wird eine Schule in Shankar mit 6 Klassen und Sanitärräumlichkeiten wieder aufgebaut. Danke allen SpenderInnen!

# Brasilianischer Baukonzern Odebrecht: Korruptionsskandal

**Südamerika.** Die brasilianische Polizei gab den Ermittlungen im Fall Odebrecht den Namen „Apocalypse“.

## Korruption bringt Kontinent ins Wanken

Der Weltuntergang ist zwar noch nicht eingetreten, aber der Korruptionsskandal um Lateinamerikas größten und mächtigsten Baukonzern bringt den Kontinent ins Wanken.

Die Ermittler spürten ein weitverzweigtes Netz aus Geheimkonten, Briefkastenfirmen und Geldwäschern auf. Mehr als 800 Millionen Dollar an Bestechungsgeldern flossen Aussagen ehemaliger Manager zufolge in den vergangenen 16 Jahren in die Taschen von Verantwortungsträgern, wie

„Der Standard“ berichtete. Konzernpräsident Marcelo Odebrecht sitzt seit ein- und einhalb Jahren in Haft, ebenso zahlreiche Manager des Konzerns. Vor seiner Aussage zittern zahlreiche hochrangige lateinamerikanische Politiker.

## BRV Franz Mandl feiert Abschied

Mit einer großen Feier verabschiedete sich der langjährige BRV der Fa. Pongratz Bau Franz Mandl von KollegInnen, Geschäftsleitung und WegbegleiterInnen in den wohlverdienten Ruhestand. Mandl war seit 1993 Betriebsrat und seit dem Jahr 2000 BRV der Fa. Pongratz und ist seit 1978 GBH-Mitglied.



V. l. n. r.: Landesinnungsmeister BM DI Alexander Pongratz, der neue BRV Roman Scherer, der alte BRV Franz Mandl und BM DI Josef Pongratz, 2. Reihe v. l. n. r.: GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH-LV Christian Supper, GBH-LGF Andreas Linke

Koll. Mandl bedankte sich in seiner Abschiedsrede bei allen KollegInnen, der Firmenleitung und bei der Gewerkschaft Bau-Holz, allen voran bei GBH-BV Josef Muchitsch, GBH-LV Christian Supper und GBH-LGF Andreas Linke für die gute Zusammenarbeit.

Mit einem Film erinnerte Mandl an alle gemeinsamen Betriebsausflüge – eine tolle Überraschung für seine ehemaligen ArbeitskollegInnen.

**Die GBH dankt Koll. Franz Mandl für die ausgezeichnete Zusammenarbeit!**



## Neu im Team der GBH: Erich Berger

Mit Erich Berger konnte die GBH einen erfahrenen Betriebsrat ins Team holen. Berger war von 2010-2016 BRVorsitzender bei der STIA. Berger: „Meine Ziele als GBH-Sekretär sind, dass ich KollegInnen und BetriebsrätInnen arbeitsrechtlich bestmöglich unterstütze, Erreichtes und Leistungen der GBH vertreten und dadurch viele neue Mitglieder gewinnen kann. **Denn je mehr Mitglieder wir haben, desto besser können wir uns für sie einsetzen!**“

**Kontaktdaten und Zuständigkeiten**  
**Bezirke Liezen, Mürzzuschlag, Leoben und Bruck an der Mur**  
**Sprechtag AK Liezen:** Mi 8 - 16 Uhr  
 Handy 0664/614 55 43  
**Erich Berger,** erich.berger@gbh.at

## Seit 70 Jahren treues GBH-Mitglied

Kollege Christian Theussl ist seit 70 Jahren GBH-Mitglied. GBH-LGF Andreas Linke und GBH-Landespensionistenvorsitzender Josef Walter gratulierten im Namen der GBH zu diesem Jubiläum und zum 95. Geburtstag.

Linke: „Es ist immer eine besondere Freude, Menschen zu ehren, die der Gewerkschaftsbewegung so lange die Treue gehalten haben. Es ist faszinierend, was Koll. Theussl uns über 70 Jahre Gewerkschaftsarbeit und Politik erzählen konnte, vor allem über die Zeit zwischen 1950 und 1970 – ich bin aus dem Staunen nicht herausgekommen!“





Faire Vergaben  
**sichern Arbeitsplätze!**

**Lohnsteuer runter**  
geschafft!

BUAG-Zeiten sind  
**Schwerarbeitszeiten!**

**Schwerarbeitspension**  
für Bauarbeiter!

**Sozialbetrugsgesetz** gegen Scheinfirmen!

**Höchste Lohnabschlüsse**  
in den letzten Jahren!

**Für dich erreicht!**

**... deine**  
**Gewerkschaft**  
**Bau-Holz!**



*Es zahlt sich aus,  
dabei zu sein!*

[www.bau-holz.at](http://www.bau-holz.at)

Österreichische Post AG, MZ 02Z031737 M, ÖGB-Verlag, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Retouren an PF 100 1350 Wien

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_  
Postleitzahl Ort **HERZLICHEN DANK!**

DVR-Nr. 0046655 ZVR 576 439 352

F-05